Der Finanz- und Rechnungsprüfungsausschuss hat im Rahmen der Vorberatung im Hinblick auf die bevorstehenden Konsolidierungsmaßnahmen eine Zurückstellung bis zur Dezember-Sitzung beschlossen.

Der Jugendhilfeausschuss hatte der Vorlage im Rahmen der Vorberatung zugestimmt.

Ratsherr Grassau berichtet aus der Vorberatung im Finanz- und Rechnungsprüfungsausschuss. Es sei zu mehreren TOPs (hier: 21, 22, 24 und 25) angeregt worden, erst dann einen Beschluss zu fassen, wenn über die Konsolidierungsmaßnahmen Klarheit bestünde. Die Vertreter der CDU-Ratsfraktion würden sich ggf. enthalten, um zu signalisieren, dass man die eigentliche Maßnahme nicht ablehnen wolle. Es ginge nur um den Zeitpunkt der Beschlussfassung angesichts der noch offenen Frage der Konsolidierung.